



Dezember 2025

Berufsverbote müssen endgültig der Vergangenheit angehören!



2014 hofften die Teilnehmer*innen an dieser Mahnwache, es sei vorbei damit. Jetzt will ausgerechnet Hamburg wieder Vorreiter sein... (Mehr auf Seite 2)

Redaktionsschluss für die Januar-Ausgabe:
Dienstag, 30.12.2025

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Kein Berufsverbot 2.0	S. 2
NOlympia Unterschriftensammlung	S. 3
Heike zu 10 Thesen das HA	S. 3
Nein zur Wehrpflicht, Ja zum Leben	S. 5
Ver.di Tarifrunde Länder	S. 6
Mitgliedertreffen am 16.11.	S. 6
Gender Pay Gap	S. 7
Brorhilker zu CumEx	S. 8
Oh! What a lovely war	S. 9
Termine / Kontakt	S. 10

Kein Berufsverbot 2.0 -

Vermutete Gesinnung darf nicht verfolgt werden.

Die Linke unterstützt die Petition des Hamburger Bündnisses gegen Berufsverbote

Im Hamburger Koalitionsvertrag wurde vereinbart, dass vor der Einstellung in den öffentlichen Dienst, also auch vor dem Beginn einer Ausbildung, eine Überprüfung der Bewerber:innen durch den Verfassungsschutz durchgeführt werden soll. Dies soll sowohl bei Tarifbeschäftigten als auch bei Beamt:innen erfolgen und erneut vor der Übernahme in ein festes Arbeitsverhältnis.

Grundlage sei die Resilienz des Staates gegen „Extremisten“ und explizit auch gegen angebliche Verfassungsfeinde. Die Umsetzung soll ab Januar 2026 erfolgen.

Die Linke Hamburg unterstützt die Petition „Kein Berufsverbot 2.0 - Vermutete Gesinnung darf nicht verfolgt werden“ des Hamburger Bündnisses gegen Berufsverbote. Unterschriftenlisten liegen in Kürze in den Geschäftsstellen der Bezirke und des Landesverbandes aus.

Verschärfung des Landesdisziplinalgesetzes

Schon in 2024 wurde die Verschärfung des Landesdisziplinalgesetzes durchgesetzt. Künftig sollen auch die Entfernung aus dem Beamtenverhältnis, die Zurückstufung und die Aberkennung des Ruhegehalts bei schweren Pflichtverletzungen allein durch eine Entscheidung der Dienstherren möglich sein – ohne mögliches Widerspruchsverfahren und ohne vorheriges gerichtliches Verfahren. Das ist ein klassischer Fall von Beweislastumkehr: Betroffene müssen vor Gericht ziehen, um zu beweisen, dass die Vorwürfe falsch sind. Ein fatales Signal.

Was gilt das Wort, die Einsicht und der Respekt von gestern?

Noch im Jahr 2022 wurde im Rathaus eine Ausstellung zum Radikalenbeschluss von 1972 im Auftrag des Personalamtes in Hamburg gezeigt. Im zu diesem Anlass gefassten Beschluss der Bürgerschaft wird festgehalten, „dass die Umsetzung des Radikalerlasses ein unrühmliches Kapitel in der Geschichte Hamburgs darstellt, das ausdrücklich bedauert wird“. Die Bürgerschaft spreche „den aus heutiger Sicht zu Unrecht Betroffenen ihren Respekt und ihre Anerkennung aus.“

Resilienz des öffentlichen Dienstes?

Das Gegenteil wird der Fall sein. Es gibt bereits genügend andere rechtliche Möglichkeiten, Verstöße gegen Werte des Grundgesetzes zu ahnden. Z.B. müssen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes schon bei Einstellung ein Führungs-

zeugnis als Beleg, keiner Strafverfolgung zu unterliegen, vorweisen. Vergehen wie Volksverhetzung u.ä. stehen ebenfalls unter Strafe und Dienstvergehen können mit dem Dienstrecht geahndet werden.

Verfolgt werden darf nur der konkrete Verstoß, nicht die vermutete Gesinnung.

Resilient wird eine Demokratie durch vielfältiges zivilgesellschaftliches Engagement, durch dessen Förderung, durch breite Meinungs- und Versammlungsfreiheit – nicht durch deren Beschneidung! Diese Grundrechte sind zu stärken, anstatt durch eine Regelanfrage einen Generalverdacht auszusprechen. Wir wissen, wie umkämpft zivilgesellschaftliches Engagement ist und welcher Kriminalisierung sie häufig unterliegt. Und gleichzeitig ist es doch gewollt, sich für eine starke Demokratie einzusetzen. Die aktuellen Fälle von Berufs- bzw. Ausbildungsverböten aus anderen Bundesländern zeigen, in welche politische Richtung sich ein neuer Radikalenerlass in der politischen Praxis wahrscheinlich bewegen wird: Gegen Klimaaktivist:innen und Friedensbewegte, gegen Gewerkschafter:innen, gegen zivilgesellschaftliches Engagement. Der »Verfassungsschutz« würde durch die Einführung der Regelanfrage de facto in die Rolle einer Gerichtsbarkeit für die Einstellung in den öffentlichen Dienst kommen gegen »Verfassungsfeinde«. Wer definiert – und wer ist hier »Verfassungsfeind«?

Politisch motivierte Berufsverbote, Bespitzelungen und Verdächtigungen sollten nie wieder Instrumente eines demokratischen Rechtsstaats sein. Die Wiedereinführung entspräche einem Generalverdacht – ein Klima der Verunsicherung und des Misstrauens wären die Folge. Die jetzige Fassung des Entwurfs, die dem Senat großen Spielraum bei der Anwendung der Geheimdienstkenntnisse und dem Umfang der zu schützenden Berufsbereiche gibt, ist darüber hinaus geradezu eine Steilvorlage für einen künftigen Senat mit Beteiligung der AfD: Sie bräuchte die vorbereitete Beschädigung der Demokratie nur zu vollstrecken.

Hamburger Bündnis gegen Berufsverbote

www.gegen-berufsverbote.hamburg

E-Mail: info@gegen-berufsverbote.hamburg

(Quelle: Webseite der Partei)

Am 26. November fand eine Bündniskundgebung gegen die Pläne des Senats statt. Und offenbar soll das Gesetz nun nicht mehr ganz so schnell durchgepeitscht werden. Bleiben wir dran! -red

NOlympia - Unterschriftensammlung Ende Januar unterstützen

27. November 2025

Der Hamburger Senat möchte, dass sich **Hamburg für Olympia bewirbt**. Er möchte die **Sommerspiele 2036, 2040 oder 2044** nach dem Vorbild von Paris inszenieren. Paris kostete den Steuerzahler 6.3 Mrd € und erwirtschaftete dem Schweizer Privatverein IOC 1.1 Mrd.

Hamburg hat viele gravierende Probleme, die Olympia nicht löst – sondern verschärft.

- Während der Klima-Zukunftsentscheid Geld für die Umsetzung benötigt, sieht Finanzsenator Dressel schon bei einem Betrag von 0.6 Mrd (10-mal kleiner als Olympia) für den Elbtower in den 30er Jahren Probleme
- Während eine sozialverträgliche Transformation zu einer nachhaltigen Lebensweise als Ziel gesetzt ist, setzt Olympia auf Einwegsportstätten und Vorstadtarena für ein 30 Tage Event - was weder ökologisch sinnvoll noch sportlich nachhaltig ist
- Während Mieten durch die Decke gehen, mehr Menschen wohnungslos sind, und soziale Einrichtungen ums Überleben kämpfen bedeutet Olympia Brandbeschleunigung für Mieten und Verdrängung
- Während Olympia kurze Wege via Olympic Lanes erhält – bedeutet das Verkehrschaos & Stillstand für alle anderen
- Obwohl Olympiatouristen die Stadt fluten, bleiben andere aus, die Kultur guckt in die Röhre und wirtschaftliche Impulse für Deutschland sind nahe Null (Paris 2024: Tourismus: -1.7%, Kultur -16%, Wirtschaftswachstum 0.07% BIP)

Auf <https://www.nolympia-hamburg.de> und <https://fairspielen.de> findet Ihr aktuelle und Hintergrundinformationen.

Antworten auf die 10 Olympia-Thesen des Abendblatts von Heike Sudmann, Co-Fraktionsvorsitzende der LINKSfraktion

1. Deutschland wird in den nächsten 25 Jahren Olympische Spiele ausrichten.

Hoffentlich nicht, jedenfalls nicht mit diesem IOC und seinen Knebelverträgen. Der versprochene Mehrwert Olympischer Spiele für die Austragungsorte zerplatzte bisher immer wie eine Seifenblase.



Im **Mai** sollen die Hamburger*innen über die Bewerbung **abstimmen**. Das bedeutet: Wir haben ein paar Monate Zeit, um dieses **größenwahnsinnige Projekt** abzuwenden! Die aktuelle Olympiabewerbung Deutschlands ist [manchen Quellen](#) zufolge **bereits jetzt die teuerste!** Den bereits [eingeplanten 11 Millionen](#) in Hamburg werden weitere folgen.

Ende Januar/Anfang Februar sammelt NOlympia Hamburg **Unterschriften**, damit wir **im Infoheft zur Abstimmung** unsere Argumente vorstellen können. Innerhalb von 3 Wochen müssen wir 10.000 Unterschriften sammeln.

Deshalb haben wir drei Bitten an Euch:

+ **leitet die Mail im Freundeskreis weiter** mit der Bitte **um weitere Verbreitung** und **werbt für und spricht über NOlympia**

+ **unterstützt** die kleine NOlympiagruppe durch eine **Spende** auf Konto:

Kontoinhaber: Multitude e.V. IBAN DE72 4306 0967 1162 4935 00

BIC GENO DE M1 GLS Verwendungszweck NOlympia

+ wenn ihr uns bei der **Unterschriftensammlung Ende Januar/Anfang Februar** möglicherweise **unterstützen** könnt, dann schickt eine Mail mit Kontaktdaten an: info@nolympia-hamburg.de

Hamburg braucht etwas Besseres als Olympia!

Herzliche Grüße

NOlympia

Anmeldung zum Mailverteiler:

<https://listi.jpberlin.de/mailman/listinfo/aktive.nolympia-hamburg/>

2. Olympische Spiele sind ein Booster für die ausrichtende Region

Der französische Rechnungshof stellte im Oktober 2025 fest, dass die wirtschaftlichen Auswirkungen der letztjährigen Olympischen Spiele in Paris „zum jetzigen Zeitpunkt bescheiden“ und

„kurzfristig relativ begrenzt“ waren. Für das Wirtschaftswachstum 2024 schätzt er den Zuwachs auf 0,07 Prozentpunkte des Bruttoinlandproduktes oder 1,9 Mrd. Euro. Ein Booster sieht wirklich anders aus. Und auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) sagt, dass die gesamtwirtschaftlichen Effekte Olympischer Spiele begrenzt seien und oft überschätzt werden.

3. Die Olympiabewerbung setzt nachhaltige Entwicklungen in Gang

Eine nachhaltige Entwicklung wurde von den Hamburger*innen durch den Zukunftsentscheid vorangetrieben. Die angeblich „grünen Spiele“ produzieren aber nicht nur durch den Bau von überdimensionierten Sportstätten extrem viel CO₂, sondern vor allem durch die vielen Flugreisen.

4. Paralympische Spiele beschleunigen den Weg zur Barrierefreiheit

In der UN-Behindertenrechtskonvention - seit 2009 geltendes Recht in Deutschland - ist die Barrierefreiheit ein wichtiger Baustein. Die beim Thema Barrierefreiheit bestehenden Mängel in Hamburg müssen jetzt behoben werden - wir dürfen sie nicht auf die lange Bank schieben. Hamburg kann und darf nicht auf paralympische Spiele 2040 oder 2044 warten, um die Inklusion von behinderten Menschen weiter voranzutreiben.

5. Besonders der Breitensport profitiert von Olympischen Spielen

Diesen Irrglauben haben Wissenschaftler*innen schon lange widerlegt: Nach den Spielen in Sydney (2000), Athen (2004) und London (2012) konnte kein positiver Effekt auf den Breitensport festgestellt werden. In Frankreich sollte zur Förderung des Breitensports bis 2030 keine Kürzung erfolgen. Doch bereits in 2025 wurden die Mittel gekürzt, in 2026 ist ein weiteres Minus von fast 18 Prozent vorgesehen. Von Olympischen Spielen profitiert das IOC – alles andere ist Augenwischerei.

6. Hamburgs Chancen auf ein erfolgreiches Referendum sind höher als 2015 Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft

Im Gegenteil. Woher sollen denn die Milliarden Euro kommen, die für den Bau der Sportstätten und den Ablauf der Olympischen Spiele erforderlich sind? Die Hamburger*innen sehen doch jetzt schon, dass überall in der Stadt soziale Einrichtungen und Angebote zusammengekürzt werden oder gleich ganz fehlen. Ein kostengünstiges Senior*innenticket lässt auf sich warten. Die Armuts-

quote in Hamburg ist unverändert hoch. Die Mieten werden immer weiter erhöht. Die bauliche Infrastruktur bröseln an vielen Ecken. Gleichzeitig sollen allein für die Oper und das Naturkundemuseum im Elbtower im nächsten Jahrzehnt eine Milliarde Euro öffentlicher Gelder ausgegeben werden. Das passt nicht zusammen.

7. Die Durchführung Olympischer Spiele macht Gewinn

Die Frage ist: Wer heimst die Gewinne ein? Und wer zahlt die Zeche? Die Erfahrungen mit Olympischen Spielen zeigen immer wieder: Bei den Ausrichterstädten bleiben Milliarden Euro Schulden. Es gibt zwei sehr unterschiedliche Olympia-Budgets: eines für die Durchführung der Spiele und eines für die notwendige Infrastruktur. In Paris 2024 gab es im Durchführungsbudget einen Gewinn von rd. 76 Mio. Euro. Für die Infrastrukturkosten hingegen wurden laut französischem Rechnungshof rd. 6,6 Mrd. Euro öffentlicher Gelder ausgegeben. Ursprünglich veranschlagt waren 2,4 Mrd. €.

Gewinne gibt es beim IOC, vor allem durch die weltweiten Übertragungsrechte und die Verträge mit den Top-Sponsoren. Fachleute schätzen, dass das IOC mit den Spielen in Paris fünf Milliarden Euro eingenommen hat. An die Athlet*innen gehen laut „Global Athlets“ maximal vier Prozent der Einnahmen.

8. Berlin hat keine Chance auf den Olympiazuschlag (weil kein Referendum)

In Berlin steht eine Volksinitiative zur Abstimmung, die der dortige Landessportbund im Juli 2025 gestartet hat. Damit wird dem Wunsch des DOSB nach einer Bürgerbeteiligung genüge getan – und Berlin bleibt im Rennen.

9. Olympische Spitzensportverbände entscheiden über den Olympiabewerber

So wird es sein, wenn die DOSB-Regularien nicht geändert werden. Die 16 Landessportbünde im DOSB haben bei „Angelegenheiten in Verbindung mit Olympischen Spielen“ kein Stimmrecht. (§ 16 DOSB-Satzung)

10. München ist international der beste Kandidat

Ob das Oktoberfest oder die Reeperbahn international bekannter und anziehender ist, darüber lässt sich trefflich streiten. So oder so ist nicht zu erwarten, dass die Auswahl der Kandidatin nach neutralen und überprüfbaren Kriterien erfolgen wird.

NEIN zur Wehrpflicht, JA zum Leben!

„Die alte Wehrpflicht hat diesen infamen Krieg mitverschuldet. Der Kadavergehorsam des deutschen Militarismus ist ein Pestherd gewesen: eine bunte, verlogene Sache nach außen – eine schmutzige, rohe und völlig wertlose nach innen. Die Produkte dieser militärischen Erziehung waren schlechte Karikaturen der Lehrer, und da die schon eine Karikatur waren, kann man sich vorstellen, wie das aussah, was da herauskam: Männer, die allen Ernstes glaubten, eine »Meldung«, eine »Dienstvorschrift« stehe über dem Leben und könne eine Welt meistern. Die Niederlage, die Unbeteiligte haben mit büßen müssen, hat ihnen gezeigt, was es damit auf sich hat. Die alte Wehrpflicht hat das gesamte kulturelle Leben in Deutschland verdorben, und wenn heute die republikanischen Parteien den Mut nicht aufbringen, das zu sagen, so liegt das wohl daran, dass sie es in ihrer großen Masse bis heute noch nicht begriffen haben.“

(Ignaz Wrobel, *Die Wehrpflicht*, 1924)

Der Krieg kann nur geführt werden, wenn die Bevölkerung mitmacht. Schmerzlich spürt das die Bundeswehr. Trotz allen Bemühungen durch Werbung in Schulen, auf Jobmessen, bei Musikfestivals und Volksfesten gelingt es ihr nicht, Jugendliche davon zu überzeugen, sich dem Kadavergehorsam im Militär unterzuordnen. Trotz aller Propaganda darüber, dass Pazifismus Schwächlingskram sei, oder dass wer sein Vaterland nicht verteidige ein Egoist sei, die Jugend ist nicht kriegstüchtig. Die nun geplante Wiedereinführung der Wehrpflicht ist an allererster Stelle der Versuch, Befehl und Gehorsam über die Entfaltung einer jeden einzelnen Persönlichkeit zu stellen. Sie ist der Versuch Gewaltablehnung, Menschenbefürwortung und Lebensfreude aus den Köpfen und der Tat zu verjagen. Sie ist der Versuch, die längst überfällige Verwirklichung der Lehren aus zwei Weltkriegen zu zerstören. Nach zwei von Deutschland ausgehenden Weltkriegen, die jeweils unter dem auch heute bemühten Vorwand einer „Invasion aus dem Osten“ vorbereitet und begonnen wurden, gilt erst recht: Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!

Das bedeutet, alle gesellschaftlichen Bereiche nach Maßgabe der Menschlichkeit zu gestalten. Eigentlich steht an: Solidarisches und freudvolles Lernen in den Schulen, produktive Mehrung des gesellschaftlichen Reichtums weltweit, allseitige Heilung in den Krankenhäusern, Aufklärung und emanzipatorische Entfaltung in den Kunst- und Kultureinrichtungen und Schaffung guter sozialer und kultureller Lebensbedingungen.



Wie schon in der Charta der Vereinten Nationen als weitreichende Ambition gefasst, kämpft heute eine globale Bewegung für die vollumfängliche Realisierung der Menschenrechte und die Einhaltung des Völkerrechts, der Entwicklung kooperativer und ziviler Wirtschaftsbeziehungen und die auf Abrüstung und Deeskalation gerichtete Gestaltung der internationalen Beziehungen.

Krieg, Aufrüstung und Militarismus sind der größte Hemmschuh produktiver Entwicklung hier und überall. Die Wehrpflicht ist ein wesentliches Instrument, um das Engagement für die Erringung dieser erfreulichen, die Menschheit befreiende Perspektive zu bekämpfen.

Jede Abneigung gegen das Militärische ist richtig und ein praktisches Lernen aus der Geschichte.

Lassen wir uns also nicht beirren! Der Krieg wird nicht für Freiheit, Demokratie oder Menschenrechte, sondern für die Profite einiger weniger geführt. Jede Kriegsdienstverweigerung, jeder Protest und jede Ablehnung hat direkte friedensstiftende Bedeutung! Jedes Nein zur Wehrpflicht ist ein Ja für die Entfaltung des zivilen Lebens, einer Lebensperspektive ohne Militär.

Wenn also die Unterordnung unter Befehl und Gehorsam verlangt wird, werden wir umso frecher und lebensfreudiger sein.

Wenn die Unterordnung unter das 50er Jahre Menschenbild „devote Frau am Herd, starker Mann an der Front“ verlangt wird, werden wir umso egalitärer und aufrechter sein.

Wenn die Aufopferung für das Vaterland gefordert wird, werden wir umso anspruchsvoller international solidarisch für humane Entwicklung streiten.

NEIN zur Wehrpflichtmodernisierungsgesetz, NEIN zur Musterungspflicht und JA zu ziviler Entwicklung und Diplomatie.

Also hinaus auf die Straße zur Friedensdemonstration am 04.12. um 15 Uhr beim Hauptbahnhof!

Weitere Infos: www.ziviler-hafen.de

Tarifrunde Öffentlicher Dienst Länder:

"Anerkennung, Respekt, Zukunft" ...

Über 68.000 Kolleginnen des Öffentlichen Dienstes haben sich nach den Sommerferien an den Forderungsbefragungen beteiligt.

Am 17. November gaben die Gewerkschaften Ver.di und Komba (= Vereinigung der Kommunalbeamten) ihre gemeinsamen Forderungen bekannt:

7 % mehr, mindestens aber 300 Euro monatlich, Laufzeit 12 Monate. Für die Nachwuchskräfte 200 Euro monatlich mehr, unbefristete Übernahme nach ihrer abgeschlossenen Ausbildung. Eine Erhöhung der Zuschläge für Dienste zu ungünstigen Zeiten um 20 Prozentpunkte. Tarifbindung der studentischen Hilfskräfte: z.B. durch einheitliches Mindeststundenentgelt von 17 Euro im ersten Jahr, im 2. Jahr 18 Euro, im 3. Jahr 19 Euro, eine Mindestvertragslaufzeit von 24 Monaten, ein Mindeststundenumfang von 40 Stunden im Monat.

Gefordert wird aber auch, dass die Arbeitsbedingungen aller Bundesländer angeglichen werden müssen, z. B. durch gleiche Kündigungsschutzrechte, gleiche Arbeitszeiten, stufengleiche Höhergruppierungen in identischen Bereichen, gleiche Schicht- und Wechselschichtzulagen.

Im Auftaktflugblatt von Ver.di heißt es u.a. "Gute Arbeit verdient Anerkennung und Respekt" für die und bei der Arbeitsleistung. Alle Bürger*innen dieser Länder verdienen einen guten öffentlichen Dienst, der die notwendigen Leistungen allen Bürger*innen gegenüber sicherstellt.

Zurückgewiesen werden sollen alle Angriffe auf den Sozialstaat und der Versuch einer Verlängerung der Arbeitszeiten. Der Vorsitzende der Gewerkschaft Ver.di, Frank Wernecke, drohte mit neuen Streiks: "Es liegt an Ihnen, den Arbeitgebern, ob und in welchem Umfang das nötig ist!" (Interview in der Südde. Zeitung).

Mitgliedertreffen am 16.11.

Leider waren nur relativ wenige Genoss*innen der Einladung des BeVo gefolgt. Vielleicht weil es Sonntagabend und der „Tatort“ attraktiver war?

Diejenigen, die gekommen waren, haben es zumindest nicht bereut. Wann hat mensch schon mal Gelegenheit, sich live und in Farbe mit der Bundestagsabgeordneten, den beiden Bürgerschaftsabgeordneten und mehreren Mitgliedern der Bezirksfraktion zu unterhalten über die auf

Die Bundesländer müssten spätestens in der zweiten Verhandlungsrunde am 15./16.1.2026 einen Vorschlag machen, der realitätstauglich sei.

"Wenn Warnstreiks nötig sind, rufen wir zu breiter Beteiligung auf: Das können beispielsweise die Angestellten in Uni-Kliniken und Schulen, Polizeibehörden und bei den Stadtreinigungen und Winterdiensten sein."

In Hamburg kommt dieses Mal ein besonderer "Motivationsschub" hinzu:



Ist doch Hamburgs Finanzsenator Andreas Dressel (SPD) dieses Mal der Verhandlungsführer für die Arbeitgeberseite (die Bundesländer). Gleich als erste Äußerung wies er die Tarifforderungen als "astronomisch" und "unbezahlbar" zurück. Die Forderungen würden den finanziellen Rahmen der Haushalte der Länder sprengen. Alleine nur für die Angestellten wären dieses Mehrkosten von 4 Milliarden Euro, bei Übernahme auf alle Beamtenverhältnisse zusammen ca. 12,6 Milliarden. Das Bundesland Bayern hat bereits angekündigt, die Tarifergebnisse für ihre Beamten im ersten halben Jahr auszusetzen. "Es könne nicht sein, dass der öffentliche Dienst angesichts der schlechten Lage für die deutsche Wirtschaft, die Lohnführerschaft übernehme."

Die erste Verhandlungsrunde beginnt am 3. Dezember in Berlin.

der jeweiligen Ebene anliegenden Herausforderungen (das sagt man ja jetzt statt „Probleme“). Und das in kleinen Gruppen, in denen jede*r zu Wort kommen konnte.

Ich jedenfalls fand das Format spannend und gelungen und einer Wiederholung würdig. Vielleicht dann nicht am Sonntagabend.

Bernhard Stietz-Leipnitz

Gender Pay Gap

Was ist der Maßstab für die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern mit vergleichbaren Jobs? Reicht der Vergleich mit einem Kollegen oder muss es ein Mittelwert einer vergleichbaren Gruppe sein? Diese Fragen, die in vielen Unternehmen und Verwaltungen für Streit sorgen, hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) in Erfurt mit einem Grundsatzurteil geklärt - und damit die Position von Frauen gestärkt.

Im letzten Jahr erregte der Fall einer langjährigen Abteilungsleiterin bei der Daimler Truck AG Aufsehen. Die Managerin stellte nach ihrer Elternzeit fest, dass sie deutlich weniger verdiente als vergleichbare männliche Abteilungsleiter. Von einem Kollegen kannte sie sogar das konkrete Gehalt und machte dieses zum Maßstab ihrer Klage auf Entgeltdifferenz wegen Geschlechtsdiskriminierung.

Das Landesarbeitsgericht (LAG) Baden-Württemberg wies die Klage in der Hauptsache jedoch ab. Das BAG hob im Oktober 2025 dieses Urteil des LAG, das sich an den von Daimler Truck erhobenen Mittelwerten (Median) für eine weibliche Vergleichsgruppe sowie einer männlichen Vergleichsgruppe orientierte, in großen Teilen auf. Der Fall geht an das Landesarbeitsgericht zurück. Dort soll auch der Arbeitgeber Gelegenheit haben, darzulegen, welche sachlichen Gründe es für die bessere Bezahlung des männlichen Abteilungsleiters gibt. Sollte Daimler Truck einen solchen Grund schuldig bleiben, darf die Frau auf eine hohe Entschädigung hoffen.

Das BAG stellt in seinem Urteil unmissverständlich klar: Eine einzelne Vergleichsperson des anderen Geschlechts reicht aus, um die Vermutung einer ungleichen Bezahlung wegen Geschlechts zu begründen. Mit anderen Worten: Stellt eine Arbeitnehmerin dar, dass ein männlicher Kollege für die gleiche oder gleichwertige Tätigkeit ein höheres Entgelt erhält, ist damit regelmäßig ein ausreichendes Indiz für eine Diskriminierung gegeben.

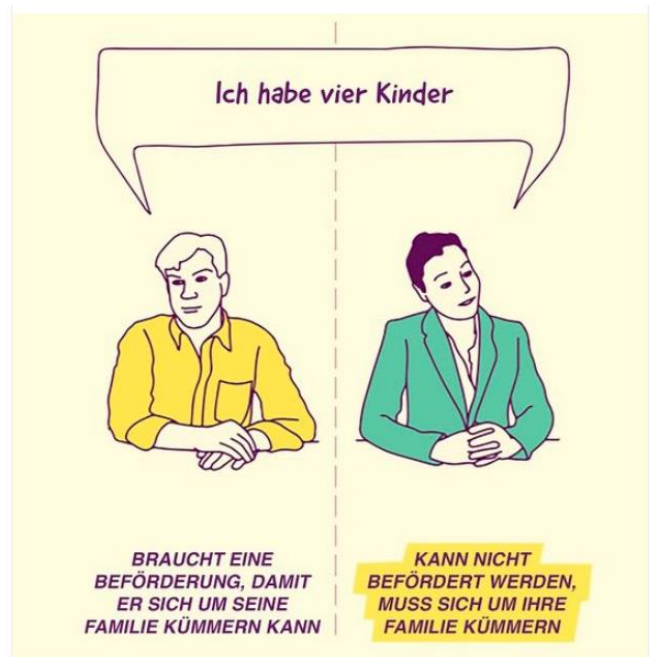
Das BAG betonte, dass entgegen der LAG-Ansicht kein Großgruppenvergleich oder Medianwert nötig ist. Die Größe der Vergleichsgruppe und die Höhe etwaiger Medianentgelte spielen für das Eingreifen der Vermutungswirkung keine Rolle. Entscheidend ist allein der Paarvergleich: der direkte Vergleich zwischen der Klägerin und einem besser bezahlten Kollegen. Diese Sichtweise entspricht den Vorgaben des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) und wahrt den Effektivitätsgrundsatz des EU-Gleichheitsrechts. Zudem sei



laut dem BAG das Entgeltsystem des Unternehmens für die Abteilungsleiterposition, die die Frau über Jahre ausübt, nicht transparent.

"Um mit dem Ergebnis des Auskunftsanspruchs das Recht auf gleiches Entgelt effektiver durchzusetzen, schafft das Bundesarbeitsgericht zwar bessere Voraussetzungen", erklärt die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack. "Dennoch brauchen wir ein Verbandsklagerecht, um die mit einer Entgeltgleichheitsklage verbundenen Belastungen nicht den Beschäftigten aufzubürden. Viele wollen diesen Anspruch nicht nutzen, weil sie fürchten, damit ihr Arbeitsverhältnis zu belasten ...", so Hannack.

Das Auskunftsrecht nach dem Entgelttransparenzgesetz gilt im Übrigen auch nur in Betrieben ab 200 Beschäftigten. Viele Frauen in kleineren und mittelständischen Betrieben werden vom Gesetz also gar nicht erfasst. Entgeltgleichheit herzustellen muss aber für alle Beschäftigten möglich sein.



Strukturelle Ungleichheiten

Und nach wie vor gibt es strukturelle Ungleichheiten, die in der Arbeitswelt zu Entgeltungleichheit

führen, und die durch das Urteil nicht behoben werden.

Gleiche Arbeit, gleicher Lohn: Dieser Grundsatz ist geltendes europäisches Recht. Doch von tatsächlicher Lohngleichheit ist Deutschland noch weit entfernt. Frauen verdienen bundesweit im Schnitt rund ein Sechstel weniger als Männer. Laut Statistischem Bundesamt lag die unbereinigte Lohnlücke (Gender Pay Gap) 2024 bei 16% - einer der höchsten Werte in der EU. Die bereinigte Lohnlücke lag bei 6%. (Der unbereinigte Gender Pay Gap berechnet die Differenz zwischen dem durchschnittlichen Bruttostundenverdienst aller erwerbstätigen Männer und Frauen. Der bereinigte Gender Pay Gap hingegen vergleicht die Gehälter von Frauen und Männern, die die gleichen Qualifikationen haben, dieselbe Tätigkeit ausüben und vergleichbare Berufserfahrung aufweisen.)

Anne Brorhilker im Großen Festsaal



(Foto von der Veranstaltung 2024 an gleicher Stelle, damals moderierte Judith Venohr (rechts)
© Fraktion DIE LINKE in der Bürgerschaft)

Anne Brorhilker, ehemalige Oberstaatsanwältin in Köln, nunmehr Finanzwende e.V., war maßgeblich an der Aufklärung des CumEx-Steuerraubs beteiligt. Den Staatsdienst hatte sie vor einiger Zeit quittiert, wegen mangelnder Unterstützung durch ihre Vorgesetzten und weil sie der Meinung ist, in und mit einer NGO mehr für die Aufklärung der Öffentlichkeit tun zu können. Am 20. November hatte die Linksfraktion sie erneut ins Hamburger Rathaus eingeladen, wo sie vor mehr als 400 Menschen mit unserem Abgeordneten David Stoop über den Fall diskutierte und dabei vor allem die Rolle von Peter Tschentscher unter die

Die strukturellen Ursachen für den Gender Pay Gap sind vielfältig: Frauen arbeiten häufiger in schlechter bezahlten Berufen, unterbrechen ihre Erwerbstätigkeit öfter wegen Kinderbetreuung oder Angehörigenpflege und arbeiten wegen der ungleichen Verteilung der Care-Arbeit häufiger in Teilzeitjobs.

Es hat sich in den letzten 30 Jahren zwar einiges positiv geändert, aber es gibt nach wie vor einen dringenden politischen Handlungsbedarf: Mehr Kinderbetreuung in Deutschland, mehr Anreize für eine paritätische Aufteilung von Elternzeit und Care-Arbeit und die Aufwertung sozialer Berufe sowie mehr Frauen in Führungspositionen - all das könne helfen, strukturelle Unterschiede zu verringern.

Sven-Friedrich Wiese

Cartoon: Sarah Cooper

Lupe nahm, unserem heutigen Bürgermeister und damaligen Finanzsenator. Dabei wurde klar, dass Tschentscher sich nicht nur keiner Schuld bewusst ist, sondern auch vor Falschbehauptungen nicht zurückschreckt.

CumEx ist einer der größten Steu-

erskandale unserer Zeit. Milliarden wurden verschoben, Gesetze gebrochen, Verantwortung abgeschüttelt.

Den Preis zahlen wir alle.

In ihrem neuen Buch [Cum/Ex, Milliarden und Moral](#) öffnet Brorhilker Türen, die sonst verschlossen bleiben. Sie zeigt, welch gigantisches Ausmaß der CumEx-Skandal hat, wie er so lange unter dem Radar bleiben konnte und warum der Staat bei der Aufklärung versagt.

„Oh! What a lovely war“

Ein Film von Richard Attenborough (GB, 1969)

Mittwoch, 10.12., Hörsaal D, Von-Melle-Park 6

Kann jemand ein Held sein, der bereit ist, auf ein Gebrüll hin seinen Verstand auszuschalten, hinterücks Menschen zu ermorden und für hohle Phrasen zu sterben, wie „Freiheit“, „Demokratie“ oder „Vaterland“? Wenn es nach der Fantasie der Rüstungsindustrie, der medialen Schreibstuben-Feldherren und der ganz großen Koalition der Wehrpflichtbefürworter und Kriegsertauglicher im Lande ginge, schon. Die historische Erfahrung zweier genauso „nie gewollter“, auf merkwürdige Weise aber doch vorbereiteter, begonnener und verllorener Weltkriege lehrt das Gegenteil. Die Zeit ist überreif, daraus endlich die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen.

Da kommt eine Geschichtsstunde, wie sie der 1969 veröffentlichte satirische Antikriegsfilm „Oh! What a lovely war“ des britischen Regisseurs Richard Attenborough bietet, gerade recht.

Das ursprünglich als Bühnenstück konzipierte Werk kontrastiert mithilfe von zwischen 1914 und 1918 in Großbritannien populär gewordenen Soldatenliedern den himmelschreienden Widerspruch zwischen der beschönigenden Propaganda und dem realen Geschehen des Ersten Weltkriegs.

Während die großen europäischen Herrscherhäuser – man kennt sich und intrigiert familiär – einander ihre Friedensliebe bekundet haben, laufen ihre Kriegsmobilisierungen bereits auf Hochtouren. Öffentlich genügt ihnen das Attentat auf den österreichischen Kronprinzen Franz Ferdinand, um das tödliche Spiel mit ihren Untertanen-Armeen zu beginnen. Damit diese auch mitmachen, wird die Völkerschlacht wie eine Jahrmarkt-Attraktion inszeniert. Mit Pomp und Gloria, den Verlockungen eines schnellen Siegs und der Möglichkeit einer ruhmreichen Bewährung auf dem „Feld der Ehre“ werden Millionen Freiwillige rekrutiert. Darunter auch die Söhne der Familie Smith. Als die ersten Offensiven ins Stocken geraten, beginnt die Fassade jedoch schnell zu bröckeln. Verwundete Kriegsheimkehrer stören das Bild. Durchhaltegesänge müssen her, während die sozialen Gegensätze auch in der Armee immer offener zu Tage treten. Als die Situation im Felde festgefahren ist und die desillusionierten einfachen Soldaten beginnen, sich mit den ebenso elendig leidenden „Feinden“ jenseits des Grabens zu verbrüdern, werden sie von der eigenen Artillerie beschossen. Alle Tünche von der „gemeinsamen Sache“ für Freiheit, Volk und Vaterland zerstiebt. Die Generalität und die heimischen Kriegsprofiteure wollen den Sieg um jeden Preis. Sie rechnen mit den Bevölkerungszahlen als Menschenmaterial. Hunderttausende werden in sinnlosen Angriffen geopfert. Die anfänglich beschworene Euphorie

schlägt in bitteren Sarkasmus und beißenden Spott der Verratenen gegen die Verräter um. Von Ferne dringen die Nachrichten von Meuterei und Revolution zu den britischen Soldaten vor. Für

die Smiths ist es zu spät. Mit Besiegelung des Waffenstillstands stirbt auch der letzte Sohn im Felde. Er ist einer von Millionen, die – wie der Schlusssong intoniert – bis zuletzt nicht verstanden hatten, wo tatsächlich die Front verlief.

Mit eindrucksvollen Bildmontagen, großen Schauspielerleistungen, tatsächennahen Erzählungen und bissigem Humor wird der dramaturgisch grandios choreographierte Film auf diese Weise von einem mahnenden Zeitdokument zu einem zutiefst aufklärerischen Plädoyer, allen Kriegsvorbereitungen – seien sie ideologischer oder materieller Art – ein für allemal das Handwerk zu legen.

Der Frieden ist zu gewinnen, nicht der Krieg. Er ist die prioritäre Angelegenheit Aller, die von Elend, Unterdrückung, Ungleichheit und Gewalt strukturell nicht profitieren. Der Pazifismus als kämpferische Haltung für die zivile Entfaltung eines global menschenwürdigen, erfreulichen Daseins ist die einzig sinnvolle, persönlich-verallgemeinerungswürdige Lehre aus der Geschichte zweier Weltkriege. Der Mensch ist ein vernunftbegabtes Wesen. Und: Wer lachen kann, braucht keine Helden.

Darum: International solidarisch – Schluss mit Austerität!

„Der Mensch ist ein nützliches Lebewesen, weil er dazu dient, durch den Soldatentod Petroleumaktien in die Höhe zu treiben, durch den Bergmannstod den Profit der Grubenherren zu erhöhen, sowie auch Kultur, Kunst und Wissenschaft.“
Kurt Tucholsky, „Der Mensch“, 1931.

DAS FILMSEMINAR GEGEN AUSTERITÄT ZEIGT

THE MUSICAL SHOT IN THE ARM!

Wir zeigen den Film im englischen Originalton mit deutschen Untertiteln

Einführung und anschließende Diskussion mit Soti Maxon (Referat für internationale Studierende im AStA der Uni Hamburg)



Termine in (und für) Mitte

Immer freitags, 17 bis 18 Uhr, wieder ab 16.01.

Mahnwache für den Gedenkort Stadthaus
Stadthausbrücke/Ecke Neuer Wall

Dienstag, 02.12., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel V30**, Vogelhüttendeich 30, 21107 HH

Freitag, 05.12., 10:30 Uhr:

Treffen der LAG Senior*innenpolitik
Lesung mit **Peter Lohmann**
Sitzungsraum, Burchardstr. 21

Montag, 08.12., 16:30 Uhr

Treffen der **BezAG SeniorInnenpolitik**
Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Dienstag, 09.12., 19:00 Uhr

Treffen der **LAG Klimagerechtigkeit**
Landesgeschäftsstelle, Burchardstrasse 21

Donnerstag, 11.12., 17:30:

Öffentliche **Sitzung der Bezirksversammlung**
Sitzungssaal, Caffamacherreihe 1-3, 11.OG

Donnerstag, 11.12., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Kulturpalast, Öjendorfer Weg 30 a

Donnerstag, 11.12., 19:30 Uhr

Treffen der **BO St. Pauli/Neustadt/Hafencity**
Hamburger Hochstraße 1a, Abgeordnetenbüro
Marie Kleinert (am Hein-Köllisch-Platz)

Montag, 15.12., 19:00 Uhr

Treffen der **BO HaHoBo**
Horner Freiheit, Am Gojenboom 46

Mittwoch, 17.12., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
Ort kommt mit der Einladung

Januar 2026

Dienstag, 06.01., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel V30**, Vogelhüttendeich 30, 21107 HH

Donnerstag, 08.01., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Kulturpalast, Öjendorfer Weg 30 a

Donnerstag, 08./15.01., 19:30 Uhr
(genauer Termin noch festzulegen)

Treffen der **BO St. Pauli/Neustadt/Hafencity**
Hamburger Hochstraße 1 a, Abgeordnetenbüro
Marie Kleinert,

Montag, 19.01., 19:00 Uhr

Treffen der **BO HaHoBo**
Horner Freiheit, Am Gojenboom 46

Mittwoch, 21.01., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der
Partei:

<https://www.die-linke-hamburg.de/aktuelles/termine/>

Und der der Bürgerschaftsfraktion:

<https://www.linksfraktion-hamburg.de/termine>

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

Rhia Baguley		rhia.baguley@die-linke-hamburg.de
Lea Behn		lea.behn@die-linke-hamburg.de
Laura		
Luzian Massarrat		luzian.massarrat@die-linke-hamburg.de
Vincent Rejmanowski		vincent.rejmanowski@die-linke-hamburg.de
Jamila Schrum		jamila.schrump@die-linke-hamburg.de
Wolfgang Strauß (Schatzmeister)		wolfgang-strauss@die-linke-hamburg-mitte.de
Yannick Yildiz		yannick.yildiz@die-linke-hamburg.de
Gesamtvorstand		bv-mitte-vorstand@lists.die-linke-hh.de
Instagram: https://www.instagram.com/dielinkehh_mitte/		
Im Netz: http://www.die-linke-hamburg-mitte.de		
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteN Mang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de

Spendenkonto DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX